



Bearbeitet von: Herr Martin
Durchwahl: 0511 3030-2173
Mein Zeichen: II/740 - 0103 - 02/8
(Einl-038-Si-Go-Erweiterung)
E-Mail: bjoern.martin@lt.niedersachsen.de*

24. November 2020

**38. - voraussichtlich teilweise vertrauliche - Sitzung
des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes,
Donnerstag, den 26. November 2020, 14.00 Uhr**

Hannover, Landtagsgebäude,
Hannah-Arendt-Platz 1

- Sitzungszimmer 235 -

Hinweis: Die Sitzungsteilnehmerinnen und -teilnehmer werden gebeten, die Größe des Raumes auszunutzen.

Die Sitzungen dieses Ausschusses sind nach § 93 Abs. 2 GO Niedersächsischer Landtag grundsätzlich nicht öffentlich.

Mein Schnellbrief vom 17. November 2020 - Az. w. o. -

Der Vorsitzende des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes lässt mitteilen, dass die Tagesordnung der o. a. Sitzung um die neuen **Tagesordnungspunkte 2 und 4** erweitert wird und nun folgende Fassung erhält:

Tagesordnung:

Nicht öffentlicher Sitzungsteil

- 1. Unterrichtung der Landesregierung zu den Aktivitäten der „Grauen Wölfe“ und der Einschätzung der aktuellen Lage in Niedersachsen**

- Hinweis: -

Hinweis:

/ Der Unterrichtungswunsch der Fraktionen von SPD und CDU vom 5. November 2020 ist als **Anlage 1** beigefügt.

2. Unterrichtung der Landesregierung zu den Aussagen des Verfassungsschutzpräsidenten Bernhard Witthaut bezüglich möglicher Anschläge durch sogenannte Corona-Leugner

Hinweis:

/ Der Unterrichtungswunsch der FDP-Fraktion vom 18. November 2020 ist als **Anlage 2** beigefügt.

Voraussichtlich vertraulicher Sitzungsteil

3. Unterrichtung der Landesregierung zu den Bezügen des Anschlagsgeschehens in Wien nach Niedersachsen, insbesondere zu den Durchsuchungen, die im Nachgang des islamistischen Anschlages in Wien unter anderem in Osnabrück stattgefunden haben

Hinweis:

/ Der Unterrichtungswunsch der FDP-Fraktion vom 6. November 2020 ist als **Anlage 3** beigefügt.

4. Unterrichtung der Landesregierung zu einem Bericht in der TAZ vom 24. November, wonach der Niedersächsische Verfassungsschutz versucht haben soll, eine Aktivistin von „Seebrücke“ anzuwerben

Hinweis:

/ Der Unterrichtungswunsch der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 24. November 2020 ist als **Anlage 4** beigefügt.

5. Unterrichtung durch die Landesregierung gemäß § 36 NVerfSchG

Eingeladen werden:

Mitglieder des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes

- Kenntnis erhalten: -

Kenntnis erhalten:

Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses für Angelegenheiten des
Verfassungsschutzes

Präsidentin des Landtages

Fraktionen

Staatskanzlei und sämtliche Ministerien

Präsidentin des Landesrechnungshofs

Landesbeauftragte für den Datenschutz

Im Auftrage

Martin